

TO-01-NEU/01 Politische Aussprache über einen Austritt aus der Koalition

Antragsteller*in: Mario Hüttenhofer (KV Konstanz)
Tagesordnungspunkt: T Formalia
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Es wird beantragt, eine umfassende politische Aussprache über das Für und Wider
- 2 eines
- 3 Austritts aus der Regierungskoalition auf die Tagesordnung der BDK am 16.
- 4 November 2024 zu
- 5 setzen und den Delegierten, sowie den Parteimitgliedern genügend Zeit zu geben,
- 6 dieses Thema
- 7 und dessen weitreichende Konsequenzen ausführlich zu diskutieren.
- 8 Es wird auch beantragt, dem Thema mit allen seinen Facetten einen halben
- 9 Sitzungstag
- 10 einzuräumen und die politische Debatte an den Anfang des Sitzungstages zu
- 11 stellen.

Begründung

An den Bundesvorstand zur Gestaltung der BDK 15-17.November 2024

Begründung des Antrages:

Aufgrund der anhaltenden und durchgängig konträren Positionen der FDP und ihrem Personal zum politischen Programm von Bündnis 90 / Die Grünen stellt sich die Frage, welche Politikziele kann unsere Partei noch bis zur nächsten Bundestagswahl umsetzen?

Wir, Bündnis 90 / Die Grünen, haben uns in der jetzigen Legislatur als verlässlicher Partner erwiesen, haben offene Kritik an der FDP vermieden, haben schwierige Entscheidungen mitgetragen und bittere Pillen geschluckt, zu nennen ist hier Kindergrundsicherung, Bürgergeld, GEAS, Klimaschutzgesetz, Klimageld, Asylrechtsverschärfungen und einiges mehr. Die FDP hingegen blockiert inzwischen jedes im Rahmen des Koalitionsvertrages vereinbarte politische Vorhaben der Grünen. Die FDP diffamiert uns öffentlich und hat mutmaßlich Informationen durchgestochen. [1]

Viele treue Wähler von Bündnis 90 / Die Grünen, eine beträchtliche Zahl von Parteimitgliedern, sowie unsere Bündnispartner in der Klimaschutzbewegung, in den Sozialverbänden und in der Friedensbewegung, um nur einige zu nennen, sind inzwischen enttäuscht von unserer viel zu weitgehenden Kompromissbereitschaft in der Regierungskoalition und gegenüber der FDP. [2-5]

Enttäuscht über die Zusammenarbeit mit der FDP haben sich zuletzt auch viele Spitzenpolitiker von uns, u.a. Omid Nouripour geäußert, z.B. mit Sätzen wie: „Mit der FDP ist das Notwendige nicht machbar.“[6]

Konkret stellt sich in den Augen der Unterzeichner deshalb die Frage:

Ist es nicht zielgerichteter, vielleicht sogar notwendig, die Regierung zu verlassen, damit wieder deutlich wird, wofür wir Grüne wirklich stehen?

In jedem Fall braucht es eine klare Botschaft an die Menschen und unsere Partei. Die da lautet: Wir kämpfen nicht nur vor den Wahlen für grüne Positionen, sondern auch in der Regierung. Wir stellen Inhalte über Regierungsbeteiligung!

Referenzen:

[1] <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/sensible-daten-an-die-presse-uebermittelt-wirtschaftsminister-robert-habeck-gruene-vertrauen-bewusst-zerstoert-fdp-kritisiert-waermepumpen-plan-als-irrsinnig-teuer-li.330403>

[2] Anträge KV Cloppenburg/KV Euskirchen, BDKen 2023;

[3] <https://taz.de/Die-Gruenen-nach-der-Europawahl/!6015050/>;

[4] <https://www.deutschlandfunk.de/opposition-und-sozialverbaende-kritisieren-ampel-kompromiss-100.html>;

[5] <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2023/september/halbzeitbilanz-der-ampel-regierung-koalition-setzt-trotz-streits-viele-versprechen-um>

[6] <https://taz.de/Nouripours-Abgesang-auf-die-Ampel/!6028254/>

weitere Antragsteller*innen

Martin Pilgram (KV Starnberg); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Stephan Wiese (KV Lübeck); Christopher Stark (KV München); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Tabitha Elkins (KV Fürth-Land); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Gabriele Raasch (KV Ludwigslust-Parchim); Dorothea Martin (KV Barnim); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Frank Schellenberger (KV Odenwald); Marius Meyer (KV Cloppenburg); Ralf Roschlau (KV Heilbronn); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Andreas Müller (KV Essen); sowie 33 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.